

## Factsheet zu BDE-Wahlkampforderungen

### 1. Europaweites Deponierungsverbot für unbehandelte Siedlungsabfälle

Die CDU bezeichnete Deponierung mit Verweis auf die Abfallhierarchie zu Recht als „schlechteste aller Lösungen“ im Umgang mit Abfällen. Richtig: Durch Deponierung von unbehandelten Siedlungsabfällen werden Ressourcen verschwendet und das Klima unnötig belastet. An Deponierung sollte erst gedacht werden, wenn sämtliche Wertstoffe dem Abfall entnommen sind. Ein europaweites Deponierungsverbot, wie wir es in Deutschland haben, bezeichnete die CDU jedoch wegen der hohen Deponierungsquoten von bis zu 80 Prozent in einigen Ländern der EU für „unrealistisch“. Der BDE nannte es: ambitioniert. Allein in Deutschland wurde der Ausstoß an CO<sub>2</sub>-Äquivalenten zwischen 1990 und 2015 von 38 Millionen Tonnen auf nur noch 11,2 Millionen Tonnen gesenkt. Den größten Anteil daran hatte das seit 2005 in Deutschland geltende Ablagerungsverbot für unbehandelte Siedlungsabfälle.

SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke befanden, dass der positive Effekt, den das Deponierungsverbot in Deutschland hatte, für ganz Europa gebraucht wird. Bündnis 90/Die Grünen nannte es „inakzeptabel“, die Zielvorgaben im Sinne der europäischen Abfallhierarchie nicht konsequent umzusetzen. Die SPD formulierte Unterstützung für den Beschluss des Europäischen Parlaments von Anfang 2017, wonach eine Deponierung „in den meisten Ländern nur noch für höchstens fünf Prozent aller Abfälle angewendet werden“. Eine Beschränkung der Deponierung von Siedlungsabfällen auf zehn Prozent bezeichnete die Partei als „unambitioniert“. Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke drängten ebenfalls darauf, dass ein europaweites Deponierungsverbot konsequent umgesetzt wird. Gut: Wer den Klimaschutz ernst nimmt, muss ein europaweites Deponierungsverbot umsetzen.

### 2. Freiwilliges Recyclinglabel

Zur Information der Verbraucher und für mehr Recycling: Ein freiwilliges Recyclinglabel ist ein einfacher und effektiver Weg, um wertvolle Ressourcen und die Umwelt zu schonen. Unterstützung für eine Weiterentwicklung des EU-Umweltzeichens gab es von SPD („volle Unterstützung“), CDU und Bündnis 90/Die Grünen. Die CDU betonte, dass ein Recyclinglabel als Element der Verbraucherinformationen dazu beitragen kann, dass wertvolle Rohstoffe nicht mehr entsorgt, sondern in den Wirtschaftskreislauf zurückgeführt werden.

Die Linke hingegen sah die Verbraucher durch ein Recyclinglabel unnötig verwirrt. Der BDE widersprach: Ein Recyclinglabel schafft mehr Transparenz für den Verbraucher und kann das Konsumverhalten positiv beeinflussen. Verbraucher werden vor dem Kauf über die Recyclebarkeit eines Produktes und die dafür verwendeten Recyclingrohstoffe informiert. Auch für die Hersteller kann ein Recyclinglabel einen klaren Wettbewerbsvorteil bedeuten.



# BDE

Kreislauf. Wirtschaft. Zukunft.

### 3. Markttest für bürgernahe Entsorgungsleistungen

Für Transparenz und hohe Qualität bei geringen Kosten: Der BDE forderte einen neutralen und überparteilichen Markttest für bürgernahe Entsorgungsleistungen. SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke sahen die öffentliche Daseinsvorsorge primär als kommunale Aufgabe an. Die Linke forderte, dass sich die private Entsorgungswirtschaft auf die „Weiterverarbeitung“ der gesammelten Verpackungen und Altgeräte konzentriert. Die SPD lehnte einen Zwang zu Ausschreibungen ab und argumentierte, dass bürgernahe Entsorgungsdienstleistungen „originäre kommunale Aufgaben“ seien. Sie setzte sich deshalb „seit Jahren“ dafür ein, weitere Privatisierungen in der Abfallwirtschaft zu verhindern. Das ist ein schwaches Argument: Nur weil eine Aufgabe originär kommunal war, bedeutet das nicht, dass die Kommunen für die Aufgabe noch immer besser geeignet sind. Durch einen Markttest wird ein fairer Wettbewerb angekurbelt. Davon profitieren die Bürger und die Branche.

Das sah die CDU auch so: Sie lehnte Rekommunalisierungen und wettbewerbseinschränkende Ausweitungen der Rechte der Kommunen ab. Die Partei wies darauf hin, dass wettbewerbliche Lösungen „die beste Gewähr für qualitativ hochwertige und für den Bürger und die Wirtschaft günstige Entsorgungslösungen“ bieten.